Pressemitteilung

Wiesbaden, 16. November 2026

agah fordert Rücknahme der Kürzungen bei der Integrationsförderung

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) hat am 14. November 2026 auf ihrer Plenarsitzung in Bad Vilbel die Resolution „Integration sichern und Bundeskürzungen zurücknehmen“ verabschiedet. Darin fordert sie die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die im Entwurf für den Bundeshaushalt 2027 vorgesehenen Kürzungen bei der Integrationsförderung zurückzunehmen.

Die Bundesmittel für Integrationskurse sollen von rund 1,06 Milliarden Euro im laufenden Jahr auf rund 590 Millionen Euro im Jahr 2027 sinken. Die agah warnt vor längeren Wartezeiten und weniger Kursen vor Ort. Sie fordert, die Kurse nach Bedarf zu finanzieren und auch Menschen ohne gesetzlichen Teilnahmeanspruch den Zugang zu sichern.

Die Migrationsberatung für Erwachsene soll sich stärker auf die ersten drei Jahre nach der Einreise beschränken. Die Liga Hessen rechnet damit, dass in Hessen rund 8.000 Menschen weniger beraten werden können. Die agah fordert, die Beratung bei Bedarf auch nach drei Jahren zu ermöglichen, etwa wenn es um die Anerkennung eines Berufsabschlusses geht. „Mit den geplanten Kürzungen setzt der Bund aufs Spiel, was in der Integrationsarbeit vor Ort über Jahre aufgebaut wurde. Wer länger auf einen Deutschkurs warten muss oder bei der Anerkennung seines Berufsabschlusses keine Unterstützung findet, hat es schwerer, eine Ausbildung zu beginnen oder Arbeit zu finden. Deshalb muss der Bund die Kürzungen zurücknehmen“, sagt Enis Gülegen, Vorsitzender der agah.

Bei der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung will der Bund die Förderung von 24,5 auf 5 Millionen Euro kürzen. Alle Schutzsuchenden brauchen Zugang zu einem vertraulichen Erstgespräch, um sich auf ihre Anhörung vorzubereiten und besondere Schutzbedarfe ansprechen zu können. Die agah sieht mit Sorge, dass laut Bundesregierung von Januar bis September 2026 bundesweit 14.324 Menschen abgeschoben wurden, darunter 1.938 Minderjährige, und warnt vor zusätzlichen Hürden beim Zugang zur unabhängigen Beratung.

Die agah fordert den Bund außerdem auf, die Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule und das Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ weiter zu fördern. Die Hessische Landesregierung soll sich beim Bund für die Rücknahme der Kürzungen einsetzen, akut gefährdete Angebote übergangsweise finanzieren und eine landesweite Anschlussberatung aufbauen.

agah - Landesausländerbeirat
Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

T 0611 98995-0 | F 0611 98995-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de